

Schumacher macht darauf aufmerksam, daß die Parlamentsbürokratie Deutschlands weder den Einfluß noch den Status der entsprechenden leitenden Beamten bei den Parlamenten Großbritanniens und Frankreichs erreicht hatte. Dies war, wie man hinzufügen kann, kennzeichnend für den Obrigkeitsstaat. In den westlichen Demokratien war der leitende Parlamentsbeamte Verwaltungsfachmann und Träger der Parlamentswissenschaft in einer Person. Als bezeichnend kann man ansehen, daß die Parlamentsdirektoren im königlichen Preußen, wie Schumacher feststellt, in der Hof-Rangliste erst an 55. Stelle erschienen. Immerhin aber waren sie damit den Parlamentariern selbst voraus. Die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses wurden an die 58. Stelle gesetzt, ein Ausdruck der Verachtung für die Parlamentarier. Sie rangierten hinter dem niedersten Stabsoffizier, dem Major, und drei Stellen hinter dem Bürodirektor.

Die Verhandlungsgegenstände spiegeln nicht nur den Alltag der Parlamentsverwaltung wider, sondern berühren vielfach auch politisch wesentliche Probleme, wie die Immunität und Ausschließung der Abgeordneten von Sitzungen, die Befriedung des Parlamentsgebäudes oder Mißtrauensvoten gegen den Parlamentspräsidenten. Zu den diskutierten verwaltungsbeamten- und arbeitsrechtlichen Problemen gehören die Dienstaufsicht, der Status des Parlamentsbeamten, das Petitionsrecht der Beamten oder die Nebentätigkeit der Stenographen. Besprochen werden auch Dinge, die mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses und eines Ausschusses sowie mit der Berechnung der Mehrheit zusammenhängen. Organisatorischer Art sind die Aussprachen über die stenographischen Berichte und die Schaffung eines Zentralarchivs. Auch die Behandlung von Eingaben steht wiederholt zur Debatte. Zuweilen werden die Besprechungen durch Referate eingeführt. So behandeln der bayerische Direktor Mißtrauensvoten gegen den Präsidenten und der württembergische Direktor das Immunitätsrecht. Der berechtigte Wunsch nach Vollständigkeit der Wiedergabe der Protokolle führt dazu, daß manche kaum erwähnenswerten Punkte in die Veröffentlichung einbezogen worden sind. Die Frage, ob die Publikation auch für die Parlamentspraxis der Bundesrepublik von Bedeutung ist, läßt sich nicht generell beantworten. Der Verfasser nimmt dazu positiv Stellung. In der Tat kann die Lektüre mancher Verhandlungsgegenstände auch einen Nutzen für die gegenwärtige Praxis bringen, ganz abgesehen davon, daß in der Beamtschaft das Bestreben, zwecks Anknüpfung an frühere Vorgänge ein »simile« zu finden, sehr ausgebildet ist. Bei anderen Gegenständen aber ist die Behauptung angesichts ihrer Geringfügigkeit und der völlig veränderten Verhältnisse der Gegenwart zweifelhaft.

Die Veröffentlichung Martin Schumachers ist als Dokumentation, präzise und wissenschaftlich einwandfreie Kommentierung und anregende Studie auf einem vernachlässigten Felde der Verwaltungswissenschaft überaus verdienstvoll.

Ernest Hamburger

Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928 - 1932* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 111), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn - Bad Godesberg 1975, 304 S., kart., 32 DM.

Die Geschichtsschreibung über die Weimarer Zeit, wiewohl an Umfang kaum noch übersehbar, begeht in ihrer großen Masse nach wie vor die alten, ausgetretenen Trampelpfade, die sie bereits seit dem Beginn der Auseinandersetzung mit jener Epoche eingeschlagen hatte. Die Politik der Reichsspitze, in geringerem Umfang auch die der politischen Parteien und Verbände sind minutiös nachgezeichnet, während sich links und rechts weites unerforschtes Land ausbreitet. Das gilt unter anderem für die Regional- und Ländergeschichte. Gerade dieser relativ überschaubare Bereich bietet bedeutende Einblicke in Problemstellungen, die auf Reichsebene leicht zu übersehen sind oder wegen der föderalen Aufgaben-

teilung gar nicht erscheinen; hinzu kommt das für die Verfassungssituation der ersten Republik zentrale Reich-Länder-Verhältnis, eine durch die vielfachen Halbheiten der Weimarer Reichsverfassung bedingte Spannungslage, die allgemeine Entwicklungstendenzen mit erhöhter Klarheit sichtbar werden läßt.

Das gilt besonders für die Zeit der Staatskrise von 1928 an; die bedeutende Arbeit von Waldemar Besson (Württemberg und die deutsche Staatskrise, Stuttgart 1959) machte sich diesen Umstand zunutze. Seitdem mußten mehr als anderthalb Jahrzehnte vergehen, bis diese Fragestellung wieder aufgegriffen wurde. Mit seiner hier angezeigten Arbeit schließt Hans-Peter Ehni eine bedeutende Lücke in der Geschichtsschreibung über jene Epoche. Daß dies erst jetzt geschieht, ist um so erstaunlicher, als die Literatur zur preußischen Geschichte in der Weimarer Zeit jetzt noch an den Fingern einer Hand abzuzählen ist. Daß Preußen nicht ein beliebiges Land war, daß es drei Fünftel des Deutschen Reichs und dessen Verwaltungsstruktur ausmachte und trotz des Verlusts seiner Suprematrolle aus der Bismarckschen Ära einen entscheidenden Machtfaktor in der Republik ausmachte, hat die Geschichtsschreibung überraschenderweise bislang wenig interessiert; hier herrscht noch über weite Strecken völlige Finsternis.

Um es vorwegzunehmen: Die Arbeit von H.-P. Ehni erfüllt für den von ihm behandelten Zeitraum – 1928 bis 1932 – den größten Teil der Erwartungen, die an sie zu stellen sind. Der Autor baut auf einem breiten Fundament offensichtlich sorgfältig ausgewerteter Quellen auf, wobei die Verwendung der kaum zugänglichen Merseburger Aktenbestände einen besonderen Pluspunkt ausmacht. Seine Darstellung ist klar und konzis und vermeidet erfreulicherweise jene modischen Soziologismen, die nach alter und schlechter deutscher Wissenschaftstradition Analysen und Darstellungen zu beschweren und zu vernebeln pflegen. Die Systematik ist logisch und übersichtlich und läßt erkennen, daß dem Verfasser die wesentlichen Problemstellungen bewußt sind.

Das Bild, das er uns entrollt, ist auf dramatische und düstere Farben abgestimmt. Im Jahr 1928 stand die preußische Regierung auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung. Im Gegensatz zum Reich, das in den bislang zehn republikanischen Jahren siebzehn Regierungen gehabt hatte, war Preußen seit 1919 mit zwei unerheblichen Unterbrechungen von der Weimarer Koalition, der sich zwischen 1921 und 1925 die DVP hinzugesellt hatte, regiert worden, seit dem Kapp-Putsch im März 1920 unter der Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun. Der Verfasser liefert eine eingehende Analyse der Gründe für jene außerordentliche Stabilität: Da war die ungewöhnliche Persönlichkeit des Regierungschefs Otto Braun, der nicht nur seine eigentlich verhältnismäßig schmalen Machtbefugnisse extensiv zu nutzen verstand, sondern auch die Souveränität und Integrationsfähigkeit besaß, derer es bedurfte, um die oft weit auseinanderstrebenden Interessen der Koalitionsparteien zusammenzufassen. Da waren weiterhin Koalitionsfraktionen, die nicht, wie die entsprechenden Reichstagsfraktionen, nach Art eines »gouvernement d'assemblée« sich selbst als die ausschlaggebenden Machtzentren und die Regierung als ihren Ausschuß ansahen, aus dem nach Belieben Minister herausgezogen werden konnten, wenn die jeweilige Partearaison es gebot. Stattdessen akzeptierten und unterstützten die preußischen Fraktionen der Weimarer Koalition die Exekutive und begriffen sich als deren parlamentarischen Schirm gegen oppositionelle Angriffe. Diese Art des Regierungssystems – der Verfasser hält sie für »konservativ«, was nicht recht einleuchtet – ermöglichte erst eine zielbewußte und langfristig konzipierte Regierungspolitik.

Allerdings fehlt der Analyse dieses wichtigen Umstands eine wesentliche Dimension: die Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Rollenauffassung der Landtags- und der Reichstagsfraktionen. Es hätte sich gelohnt, hier die kritische Sonde anzusetzen, denn diese Frage führt mitten hinein in das Grundproblem der Weimarer Staatskrise.

Worin bestand nun die Grundkonzeption der preußischen Regierungspolitik in jener

Epoche? Ehni verweist darauf bereits im Buchtitel: Ein Hauptziel der Regierung Otto Brauns war es, mittels der überlegenen Verwaltungs- und Polizeimacht Preußens den Staat zum »Bollwerk der Demokratie«, zum Hüter der parlamentarischen Regierungsweise und ihrer verfassungsmäßigen Grundnormen auszubauen. Daß dieses Ziel ohne weiteres mit den engeren Machtinteressen der preußischen Regierung im Zusammenhang gesehen wurde und mit durchaus nicht zimperlichen Mitteln verfolgt wurde, verdeutlicht der Verfasser am Beispiel der preußischen Reichsreform-Politik, die konsequent und im offensichtlichen Gegensatz zur Einheitsstaats-Ideologie der SPD auf die territoriale und machtmäßige Ausweitung Preußens hinarbeitete: Nicht Reichsreform gegen, sondern durch Preußen hieß die Parole – Bismarck redivivus.

Auch die Probleme der Demokratisierungsprozesse innerhalb jenes »Bollwerks« schildert der Verfasser kompetent und eindringlich, so die Schwierigkeiten, den Beamtenapparat, jene ausschlaggebende Stütze des preußischen Staats, zu »republikanisieren«, was wegen der viel zu kurzen Personaldecke der Koalitionsparteien im ganzen fehlschlug, sieht man von den wenigen »politischen« Beamten ab, die die Spitze der Personalpyramide ausmachten.

Daß der preußische Staat trotz alledem der bedeutendste demokratische Machtfaktor im Gefüge der Weimarer Republik war, wird vom Verfasser bei allen notwendigen kritischen Einschränkungen klar herausgestellt. Auf diesem Hintergrund hebt sich das Hauptthema der Arbeit, die unaufhaltsame Reduzierung der preußischen Position in der Ära Brüning, mit beklemmender Deutlichkeit ab. An den besonders sorgfältig ausgearbeiteten Beispielen des preußischen Stahlhelm-Verbots von 1929/30 sowie der Osthilfe illustriert der Autor das Vordringen der »altpreußischen«, konservativen, agrar-reaktionären Interessengruppen, ihren steigenden Einfluß auf die Entscheidungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und das daraus resultierende Scheitern der preußischen Regierung bei zentralen Bemühungen: um das Zurückdrängen der antidemokratischen Rechtsopposition und um eine weitgreifende Umstrukturierung der ostelbischen Agrarverfassung, um dem spezifisch preußischen Konservativismus den Nährboden zu entziehen.

Die ständig zunehmende Einengung der preußischen Bewegungsfreiheit wurde von Brüning durch die ständige Drohung mit der Zurückziehung der Zentrumsminister aus der preußischen Koalition erzwungen – hier wird sichtbar, wie sehr die preußische Regierung vom Zentrum abhing, das tatsächlich die entscheidende Schlüsselstellung in der Regierungskoalition einnahm und gegen das in Preußen keine Politik zu machen war. Und schließlich zeichnet Ehni mit aller wünschenswerten Klarheit die zunehmende finanzielle Zwangslage Preußens nach, die immer stärkere Eingriffe von der Seite des Reichs und immer demütigendere Zugeständnisse seitens der preußischen Regierung notwendig machten. Aus dieser Perspektive erscheinen der Papen-Putsch vom 20. Juli 1932 und die jämmerliche Schattenrolle, die die Regierung des einstigen »Bollwerks« in den ihr noch verbleibenden wenigen Monaten bis zum Februar 1933 spielte, als nicht mehr als die Folge einer Entwicklung, die bereits sehr viel früher begonnen hatte.

An diesem Punkt beginnt allerdings die Grundanlage der Arbeit problematisch zu werden; Strukturanalysen dieser Art geraten nur zu leicht in die Gefahr, die Historie in Form determinierter, eingleisiger Zwangsabläufe zu beschreiben und die prinzipielle Offenheit geschichtlicher Entscheidungssituationen zu verwischen. Es macht den Rang des Verfassers aus, daß er dieses Problem erkennt und bereits in der Einleitung betont, in erster Linie der Frage nach den Alternativen nachgehen zu wollen – eine begrüßenswerte Absicht, denn gerade diese Frage begründet die besondere Aufgabe der Zeitgeschichte überhaupt.

Leider weckt der Verfasser damit allerdings Erwartungen, die er anschließend nicht erfüllt. Es wäre notwendig gewesen, Entscheidungssituationen herauszuarbeiten, den Entscheidungsprozessen nachzugehen und aus der Lage der jeweils Handelnden im jeweiligen

Augenblick heraus die ihnen wahrscheinlicherweise erkennbaren Alternativen und deren Realisierbarkeit zu diskutieren. Fraglos eine äußerst schwierige Aufgabe, die nicht nur vom Historiker ein hohes Maß an Verstehensfähigkeit und -bereitschaft, sondern auch eine Quellenbasis erfordert, die nicht leicht aufzufinden ist. Aber Analysen dieser Art suchen wir hier vergeblich. Eine klare Aussage über die Alternativmöglichkeiten der preußischen Politik unter der Voraussetzung, daß die Weimarer Koalition die Regierungsgewalt in Preußen behielt, wird nicht gemacht – vermutlich war auch dem Verfasser klar, daß zumindest seit dem Amtsantritt Brüning eine Alternative schlechterdings nicht existierte, denn jede andere Politik hätte zum Austritt des Zentrums aus der Regierung und damit zum Sturz Brauns geführt, und die DNVP hätte den lachenden Dritten abgegeben.

Im Licht dieser Umstände ist auch das gelegentlich vom Verfasser mit erkennbarem Bedauern erwähnte unerfreuliche Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und der KPD zu sehen. Abgesehen davon, daß die Darstellung der kommunistischen Politik im behandelten Zeitraum einfach irreführend ist – die antikommunistische Kampfstellung der Regierung Braun wird bei weitem zu hoch bewertet, die Tatsache, daß die grundsätzlichen Entscheidungen über die kommunistische Politik in Deutschland nicht im Karl-Liebknecht-Haus, sondern im Kreml fielen, dagegen übersehen –, so war es doch auch offenkundig, daß eine Annäherung zwischen SPD und KPD den umgehenden Bruch des Koalitionsbündnisses zur Folge gehabt hätte. Daß ein Bündnis SPD-KPD inner- wie außerparlamentarisch bei den vollkommen divergierenden politischen Zielvorstellungen und angesichts der bestehenden staatlichen Machtverhältnisse zu jeder Zeit ein totgeborenes Kind gewesen wäre, war zu offensichtlich, als daß Realisten wie Braun oder Heilmann darauf auch nur einen zweiten Gedanken verschwendet hätten.

Aber diese Einschränkungen treffen nicht die Hauptsache des angezeigten Buchs; wir verdanken ihm im Gegenteil Einsichten in die Hintergründe der Krise seit 1928, die teilweise neu, insgesamt jedenfalls von hoher historischer Relevanz sind. Es steht zu hoffen, daß diese Arbeit nicht in der Fülle der zeitgeschichtlichen Fachliteratur untergeht, sondern den ihr zustehenden Platz an hervorgehobener Stelle einnehmen wird. Hagen Schulze

Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923 - 1933*, Hart-Davis, Mac Gibbon Ltd., London 1973, XVIII, 380 S., Ln., £ 4.95.

Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933* (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 328 S., brosch., 78,60 DM.

Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920 - 1933* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 106), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 239 S., kart., 32 DM.

In den vergangenen Jahren ist die Erforschung der NSDAP vor der »Machtergreifung« merklich intensiviert worden. Neben breit angelegte Darstellungen zum Werdegang der Gesamtpartei (Orlow, Horn) ist eine wachsende Zahl von Studien getreten, die in regionaler Perspektive Ideologien und Organisationsstrukturen, Mobilisierungstechniken und Bündnisbeziehungen, Wählerbindungen und Wählerfluktuationen sowie das soziale Milieu von Mitgliedern und Sympathisanten auszuleuchten suchen¹. Auf dem Hintergrund lokaler

¹ Neben den hier angezeigten Arbeiten vgl. noch *John Farquharson*, *The NSDAP in Hanover and Lower Saxony 1921 - 26*, in: *Journal of Contemporary History* 8,4, 1973, S. 103 - 120; *Donald R. Tracey*, *The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924 - 30*, in: *Central*